

Pensionskampf entbrannt: IV-Präsident fordert 70 Jahre!

IV-Präsident Georg Knill fordert Erhöhung des Pensionsantrittsalters auf 70 Jahre. Kritik von SPÖ, Gewerkschaften und Grünen.



Vienna, Österreich - Am 5. Juni 2025 hat der Präsident der Industrievereinigung (IV), Georg Knill, in der ZIB2 eine kontroverse Forderung erhoben: die Anhebung des Pensionsantrittsalters auf 70 Jahre. Er argumentiert, dass Dänemark kürzlich im Konsens einen ähnlichen Schritt beschlossen habe und ruft zu einer ehrlichen Diskussion über das Pensionssystem auf. Diese Forderung stößt jedoch auf heftige Kritik von verschiedenen Seiten.

Der interimistische Präsident des SPÖ-nahen Pensionistenverbands (PVÖ), Helmut Bieler, bezeichnet Knills Vorschlag als Polemik. Bieler hebt hervor, dass ein Drittel der Langzeitbeschäftigungslosen über 50 Jahre alt ist und fordert

stattdessen Maßnahmen, die Arbeitsplätze für diese Altersgruppe schaffen. Auch der ÖGB-Präsident, Wolfgang Katzian, äußerte sich kritisch. Er betont, dass es notwendig sei, die Pensionen zu sichern und die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu fördern. Ähnliche Bedenken äußern die Freiheitlichen durch ihre Sozialsprecherin, Dagmar Belakowitsch, sowie die Grünen mit Markus Koza, der eine Anpassung des effektiven Pensionsantrittsalters an das gesetzliche verlangt.

Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer

Die Diskussion um die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer gewinnt zunehmend an Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen. Die Erwerbsbeteiligung der 60- bis 64-Jährigen ist in den letzten Jahren gestiegen, von 50% im Jahr 2013 auf 65% im Jahr 2023. Bei den Männern beträgt die Erwerbsquote sogar 69%, während sie bei den Frauen 61% erreicht hat, wie [destatis.de](https://www.destatis.de) berichtet.

Besonders hervorzuheben ist, dass die Erwerbsbeteiligung bei den 65- bis 69-Jährigen von 13% (2013) auf 20% (2023) angestiegen ist. Dennoch zeigt eine Analyse, dass ein großer Teil der Arbeitnehmer:innen vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheidet, häufig aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit oder vorzeitiger Altersrente. Es ist daher fraglich, ob eine Anhebung des Rentenalters ohne eine signifikante Verbesserung der Arbeitsmarktsituation für ältere Menschen durchführbar ist. Die ILO-Definition von Erwerbstätigkeit erfasst alle Personen ab 15 Jahren, die in der Berichtsperiode gearbeitet haben, und erstreckt sich über alle Arten von Beschäftigung.

Bildung und Beschäftigung im Alter

Ein weiteres wichtiges Thema in dieser Diskussion ist die Notwendigkeit, altersgerechte Arbeitsplätze zu schaffen. Laut der Bundeszentrale für politische Bildung hat die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe 55 bis 65 Jahre von 37,8 % im Jahr 2001 auf 73,4 % im Jahr 2022 dazu geführt, dass

ältere Arbeitnehmer länger im Beruf bleiben. Dies ist insbesondere auf die Abschaffung der vorgezogenen Altersgrenzen zurückzuführen, die diesen Trend begünstigt hat.

Auf der anderen Seite gibt es jedoch eine kontinuierliche Abnahme der Erwerbsbeteiligung ab 60 Jahren. So sank diese von 72,9% bei 60-61 Jahren auf 38,1 % bei 64-65 Jahren. Hier wird deutlich, dass einige ältere Arbeitnehmer trotz Forderungen nach späterem Renteneintritt nicht in der Lage sind, bis zum gesetzlichen Rentenalter zu arbeiten.

Angesichts dieser komplexen Thematik fordern die kritischen Stimmen, einschließlich des PVÖ, ein Bonus-Malus-System für Unternehmen, um die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu fördern und Anreize zu schaffen, dass diese nicht frühzeitig in die Reihe der Langzeitarbeitslosen eingegliedert werden. Was bleibt, ist die Frage, wie die Gesellschaft mit der zunehmenden Zahl älterer Menschen und deren Erwerbsfähigkeit umgehen kann.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.bpb.de • www.destatis.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at